

Niederschrift

über die 17. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport (GBS) am 13.10.2021

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 17:15 Uhr
Unterbrechungen:
Anwesenheit: Soll: 11
Ist: 8 = 72,73 %

1. Eröffnung und Begrüßung

Ratsherr Giermann (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für GBS, eröffnet die 17. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses für GBS, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

Ratsherr Giermann (CDU) stellt den sehr kurzfristigen Zugang der Einladung zur Sonderausschusssitzung GBS fest, weist aber darauf hin, dass es situationsbedingt nicht anders möglich war. Gleichzeitig stellt Ratsherr Giermann die Anwesenheit von 8 Mitgliedern in Präsenz fest. Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

3. Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung

Ratsherr Giermann (CDU) gibt bekannt, dass über die Durchführung der nächsten Sitzung nicht abgestimmt werden muss, da bereits nächste Woche eine weitere Sondersitzung stattfinden wird.

4. Bestätigung der Niederschrift (16. Sitzung)

Zu der 16. Niederschrift gibt es seitens der Mitglieder keine Hinweise bzw. Änderungen. Die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für GBS wird mit 7 Dafür Stimmen und einer Stimmenthaltung bestätigt.

5. Informationen, Mitteilungen und Anfragen

Ratsherr Giermann (CDU) informiert über die am 12.10.2021 stattgefundenene erste Seniorenkonferenz in Neubrandenburg. Leider konnte Ratsherr Giermann nicht persönlich an der Ver-

anstaltung teilnehmen. Aus diesem Grund hat er in Absprache mit Herrn Lundershausen vereinbart, in einem zeitnahen Termin über die Ergebnisse der Seniorenkonferenz zu berichten. Herr Witt (Oberbürgermeister) führt aus, dass es anfänglich mit der Organisation der Seniorenkonferenz Schwierigkeiten gab, da man sich erstmal einig werden musste, welches Ziel verfolgt und in welchem Format soll die Seniorenkonferenz präsentiert werden. Als man sich dem bewusst war, kam die Pandemie dazwischen und alle Veranstaltungen wurden abgesagt.

Umso erfreulicher ist es, dass die Seniorenkonferenz jetzt am 12.10.2021 stattgefunden hat.

Herr Witt (Oberbürgermeister) berichtet, dass es 3 Fachvorträge und ein Diskussionsforum gab. Des Weiteren stellt Herr Witt fest, dass dieses Format ein sehr gutes Forum ist, um viele handelnde Akteure an einem Tisch zu holen.

Weiterhin führt Herr Witt aus, dass Herr Müntefering als Bundesvorsitzender der Seniorenkonferenz einen sehr motivierenden Vortrag zu den Kernthemen, soziale Teilhabe und Gesundheitsvorsorge im Alter, gehalten hat. Herr Witt ist der Meinung, dass wir als Stadt im Bereich der sozialen Teilhabe über die Träger, über den Seniorenbeirat und die Stadtvertretung schon viel möglich gemacht haben und auch in Zukunft möglich machen werden und unterstützen. Im Bereich der Gesundheitsvorsorge haben besonders die Sportvereine ihre Angebote im Sektor Seniorensport verändert, beziehungsweise erweitert, sodass Seniorinnen und Senioren durch sportliche Aktivitäten Gesundheitsvorsorge im Alter betreiben können. Es ist vorgesehen, die Seniorenkonferenz einmal im Jahr in diesem Format durchzuführen und unter einem bestimmten Thema/Motto zu stellen. Herr Witt ist sich sicher, dass die Durchführung einer jährlichen Seniorenkonferenz die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat stärkt.

Ratsherr Giermann (CDU) bedankt sich bei Herrn Witt für die Auswertung der Seniorenkonferenz. Des Weiteren führt Ratsherr Giermann aus, dass es am letzten Donnerstag ein Vorgespräch mit jeweils einem Vertreter der Fraktionen, zum Planungsstand der Förderung der Wohlfahrtspflege 2022 stattgefunden hat. Gleichzeitig entschuldigt sich Ratsherr Giermann bei Herrn Schulze (AfD) und Ratsfrau Plessow (Bündnis 90/GRÜNE), dass das Vorgespräch nur digital stattgefunden hat. Ratsherr Giermann hat es versäumt das vorab deutlich zu kommunizieren.

Herr Schulze merkt an, dass zukünftig die Einladungen an alle Ausschussmitglieder zu versenden werden sollten. Das sichert Ratsherr Giermann zu und gibt bekannt, dass das Protokoll zum Vorgespräch der Wohlfahrtspflege an alle Ausschussmitglieder noch in diese Woche per Mail verschickt wird.

Herr Ramp (ABL SSG) informiert über den aktuellen Stand der Auswertung des Tests der mobilen Lüftungsgeräte in den Schulen. Herr Ramp hat bereits in der Vergangenheit darüber berichtet, dass die Tests durchgeführt wurden und es 2 Geräte gibt die in die engere Wahl gerückt sind. Dies hat sich nun bestätigt. Dabei handelt es sich um 1 Gerät, welches in der Decke montiert wird. Es funktioniert über Lichtsäuberung (UVC) und nicht über ein Filtersystem. Diese Geräte haben einen Einzelpreis von ca. 1.400 Euro. Für diese Variante benötigt man mehrere Geräte in einem Klassenraum, damit die gesamte Luft umgewälzt werden kann und somit für die Anzahl der Schülerinnen und Schüler (SuS) ein angemessenes Raumklima entsteht. Gemäß dem Beschluss der Stadtvertretung war der Auftrag die Schulen in Trägerschaft der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg bedarfsgerecht mit Luftreinigungsanlagen auszustatten. Wenn dem Beschluss so gefolgt wird, stehen für die Ausstattung 96.000 Euro zur Verfügung. Damit könnte man mit Hilfe eines Bundesförderprogramms und eines Landesförderprogramms, die diese Anschaffung von Luftfilteranlagen unterstützen, 64 Räume an den Schulen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ausstatten. Herr Ramp merkt an, dass die Ausstattung von 64 Räumen nicht das ist was eigentlich benötigt wird. Der Beschluss lautet eine Ausstattung von 240 Geräten zu realisieren. Eine Abfrage an den einzelnen Schulen ergab einen Bedarf von 150 Geräten.

Herr Mühle (DIE LINKE) fragt nach, wie viele Deckengeräte in einem Raum montiert werden müssen. Herr Ramp führt aus, dass es sich dabei um 4 Deckengeräte pro Raum handelt und diese Anzahl an Deckengeräten noch günstiger sei als ein Standgerät.

Herr Ramp betont, dass sich bei den 96.000 Euro um Eigenanteil der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg handelt und die Restsumme aus Fördermitteln generiert werden könnte. Die dringende Empfehlung des Fördermittelgebers, als auch verschiedener Institute lautet, dass diese Luftfilteranlagen immer in Kombinationen mit CO² Messgeräten eingesetzt werden sollten. Diese CO² Messgeräte dienen dazu, die CO² Konzentration im Raum zu messen um dann mit Hilfe einer Ampel (rot, grün, gelb) anzuzeigen, wann der Raum gelüftet werden muss. Wenn man dieser Empfehlung nachgeht, dann würde sich die Anzahl an Räumen die mit mobilen Lüftungsgeräten ausgestattet werden könne von 64 Geräten auf 51 reduzieren. Zusätzlich würden dafür alle Räume in den Schulen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg mit CO² Messgeräten ausgestattet werden können. Es bestünde dann die Möglichkeit jeden Raum lufthygienetechnisch zu überprüfen. Die Räume können gelüftet werden, wenn eine bestimmte Co² Konzentration erreicht ist. Demenstpsrechend lautet die Empfehlung der Fördermittelgeber, als auch der Stadtverwaltung Neubrandenburg, alle Räume in den Schulen mit CO² Messgeräten auszustatten und zusätzlich dann zu überlegen wie mit den Lüftungsgeräten umzugehen ist. Um alle Räume in den Schulen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg mit Lüftungsgeräten auszustatten, wären ca. 500.000 Euro an Eigenmittel notwendig. Herr Ramp bietet an, die eben genannten Informationen nochmal schriftlich für die Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stellen, um die genannten Zahlen und Berechnungen besser nachvollziehen zu können.

6. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

7. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

8. Vertrag zur Weiterführung der Lehrpraxisstelle Oststadt zwischen der Hochschule Neubrandenburg und der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Ratsherr Giermann (CDU) gibt bekannt, dass bereits ein erstes Änderungsblatt der Vorlage BV/VII/0289 vorliegt. Auf Wunsch des Hauptausschusses, sollen die anderen Ausschüsse zügig zusammenkommen, um über die oben genannte Vorlage zu beraten und im besten Fall eine Verweisung herbeizuführen. Wenn diese Voraussetzungen erfolgt sind, kann in der morgigen Stadtvertreter Sitzung über die Vorlage beschlossen werden.

Als erstes bittet Ratsherr Giermann um die Vorstellung des Änderungsblattes, sowie der Veränderung der Vorlage und übergibt das Wort an den Oberbürgermeister.

Herr Witt bedankt sich bei allen Ausschussmitgliedern für die Teilnahme an der Sonderausschusssitzung aufgrund des kurzfristigen Termins und die bereits im Vorfeld stattgefundene konstruktive Diskussion über die Lehrpraxisstelle in der Oststadt.

Dabei ging es hauptsächlich um die Frage, welches Ergebnis bringt eine solche Lehrpraxisstelle. Herr Witt ist der Meinung, dass es für alle 3 Partner sehr gewinn- und erkenntnisbringend war. Vor allem die Hochschule Neubrandenburg hat erkannt, dass die Ergebnisse die bisher erreicht wurden nicht richtig kommuniziert wurden, sodass die Ausschussmitglieder und auch die Stadtvertreter keine Vorstellungen hatten, welchen Effekt die Lehrpraxisstelle im Stadtgebiet vorhält.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die finanzielle Komponente. Herr Witt führt aus, dass er im Finanzausschuss, sowie im Hauptausschuss erklärt hat warum das Verhandlungsergebnis bis zu dem Punkt geführt hat und dann die Beschlussvorlage so vorgelegt wurde.

Herr Witt gibt zu verstehen, dass sich die Stadt noch in der Haushaltskonsolidierung befindet und hofft mit der nächsten Haushaltsplanung aus dieser herauszukommen. Somit kann eine gesteigerte finanzielle Sensibilität gewährleistet werden. Gerade in diesem Ausschuss stehen nicht so viele finanzielle Mittel zur Verfügung wie eigentlich gewünscht. Daraus resultierend rührte dann auch der Verhandlungsauftrag. Dieser beinhaltete unter anderem ein Gespräch

mit den 3 Akteuren, der Hochschule, der Neuwoges und der Neuwoba. Das erste Gespräch fand mit der Hochschule statt, sodass erstmal eine Quotierung vorgenommen wurde. Die Lehrpraxisstelle in der Oststadt sollte durch die Hochschule mit 33 % und mit 66 % durch die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg finanziell unterstützt werden. Nun wurde sich auf 45 % für die Hochschule und 55 % für die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg geeinigt. Die 45 % entsprechen 27.000 Euro für die Hochschule. Die Restsumme beträgt 33.000 Euro. Nach weiteren Gesprächen mit den Wohnungsunternehmen teilt sich die Restsumme wie folgt, die Neuwoges finanziert 10.000 Euro, die Neuwoba 5.000 Euro und die Stadt übernimmt einen Anteil von 18.000 Euro. Diese Aufteilung wird für die Jahre 2022 und 2023 übernommen. Im Jahr 2024 ist es vorgesehen den Vertrag, wie im Änderungsblatt dargestellt fortzuschreiben, vorausgesetzt die Ausschussmitglieder und die Stadtvertreter stimmen dem so zu. Die Vertragsparteien haben der Änderung ab dem Jahr 2024 bereits zugestimmt und zugesichert den Vertrag auch zu unterzeichnen. Herr Witt betont nochmals, dass die Vertragspartner diese Sicherheit benötigen, da diese die Gelder ebenfalls für ihre Haushaltsplanung einstellen müssen. Durch die Diskussionen die mit der Öffentlichkeit und den Mitarbeitenden, sowohl der Lehrpraxisstelle als auch des Stadtteiltreffs, geführt wurden, zeigte sich ein großes Interesse, sodass die Verhandlungen erfolgreich beendet wurden. Ein weiterer wichtiger Punkt war der Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Erhalt dieser Einrichtung. Abschließend bittet Herr Witt um Zustimmung des Verhandlungsergebnisses, um in der morgigen Stadtvertreterversammlung darüber beraten zu können.

Ratsfrau Paulitschke (SPD) begrüßt es sehr, dass die Gespräche mit den Beteiligten aufgenommen und im positiven Sinne umgesetzt wurden.

Ratsfrau Paulitschke kündigt an, dass in der morgigen Stadtvertreterversammlung ein Änderungsblatt durch die Fraktion der SPD eingereicht wird. In diesem Änderungsblatt wird nochmal darauf hingewiesen, dass in den Jahren 2022 und 2023 die Hochschule in Kooperation mit der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg dem Ausschuss GBS berichten möge, welche Entwicklungen zu verzeichnen sind.

Ratsfrau Barthel (fraktionslos) freut es sehr, dass die Neuwoba und die Neuwoges eine finanzielle Unterstützung der Lehrpraxisstelle vornehmen. Zeitgleich merkt sie an, dass der Eigenanteil der Stadt Neubrandenburg bei 18.000 Euro liegt und aus dem Sektor Sport genommen werden soll. Diesbezüglich möchte sie wissen, wo genau im Bereich Sport die Gelder entnommen werden.

Herr Witt (Oberbürgermeister) erklärt, dass im nächsten Haushalt der immer noch unter der Konsolidierungsvereinbarung aufzustellen ist, keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen aufzubauen sind. Weiterhin führt Herr Witt aus, dass mit Beschluss des Nachtragshaushaltes Positionen aus dem freiwilligen Bereich reduziert wurden, um andere Sachen im freiwilligen Bereich ermöglichen zu können. Nach Rücksprache mit Herrn Ramp (ABL SSG) wird es keine Einschränkungen der Trainingsmöglichkeiten im Bereich Sport geben.

Auch Herr Jeschke (CDU) empfindet die Verhandlungen zwischen der Lehrpraxisstelle und den anderen Partnern als zufriedenstellend. Allerdings bedauert Herr Jeschke, dass die Summe aus dem Bereich Sport genommen werden muss. Für das Jahr 2022 ist es nachvollziehbar. Allerdings ist Herr Jeschke der Meinung, ab dem Jahr 2023 eine andere Haushaltsposition anzusprechen und die zusätzlichen Mittel die jetzt im Bereich Sport zur Verfügung standen aber nicht abgerufen wurden, in Zukunft wirklich für den Sektor Sport zu nutzen.

Herr Witt (Oberbürgermeister) bedankt sich für den guten Hinweis und erklärt, dass momentan aus haushaltsrechtlicher Sicht keine andere Chance besteht. Herr Witt betont, dass er eine Deckungsquelle (Stand heute) benennen muss, damit die Lehrpraxisstelle bis zum Vertragslaufende durchfinanziert ist. Weiterhin führt Herr Witt aus, dass er den Vorschlag von Herrn Jeschke mitnimmt. Herr Witt schlägt vor, dass man in der Beschlussvorlage (BV) schreibt, gilt für das Haushaltsjahr 2022 und in dem Haushaltsjahr 2022 muss für das Haushaltsjahr 2023 eine andere Deckungsquelle gefunden werden. Aber die Deckungsquelle die jetzt in der BV genannt wird ist bindend, ansonsten würde Herr Witt außerhalb des Haushaltsrechts arbeiten.

Herr Stenzel (CDU) schließt sich den Worten von Herrn Jeschke an und greift das Thema Sportstadt Neubrandenburg auf. Dazu erklärt Herr Stenzel, dass wir uns viel mit der Sportver-

gangenheit, siehe Walk of Sport beschäftigen, was er auch als wichtig empfindet. Allerdings empfindet er es als nicht richtig, die Gelder aus der Allgemeinen Sportförderung zu nehmen. Herr Stenzel sieht dies als Widerspruch. Weiterhin führt Herr Stenzel aus, dass gerade in der Corona Zeit die Stadt weniger Ausgaben in der Allgemeinen Sportförderung zu verzeichnen hat und auch die Vereine weniger Unkosten zu tragen hatten. Herr Stenzel beschreibt was die Corona Pandemie mit den Menschen auf der ganzen Welt gemacht hat. Gerade der Sektor Sport ist ein soziales Bindeglied, sei es in den Bereichen Migration oder Prävention. Deswegen ist es für Herrn Stenzel nicht nachvollziehbar, warum man das Geld aus der Allgemeinen Sportförderung abzieht. Das ist auch der Grund, warum Herr Stenzel der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Herr Ramp (ABL SSG) erklärt, dass das Geld aus der Allgemeinen Sportförderung für die Nutzung von Sportstätten Dritter verwendet wird. Es geht nicht um Projektförderung auch nicht um Initiierung von neuen Projekten und auch nicht um die Sportentwicklung. Herr Ramp betont, dass es um die Sportstättennutzung geht. Diesbezüglich stehen immense Mittel im Haushalt der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zur Verfügung. Für die Nutzung der Sportstätten des Eigenbetriebes werden mehrere Millionen im Jahr bereitgestellt. Zeitgleich fördert die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg die Nutzung von Sportstätten Dritter und des Veranstaltungszentrums. Innerhalb dieser Konten gibt es gewisse Bewegungen, weil beispielsweise mit der Eröffnung der Turnhalle in der Gr. Krauthöferstraße, Vereine von der einen Turnhalle in eine andere Turnhalle wechseln. Aufgrund dieser Bewegungen gibt es einen gewissen Spielraum. Aus diesem Spielraum heraus wird das Geld nun genommen. Herr Ramp stellt eindeutig dar, dass das Geld nicht genutzt wird, um Sportentwicklung zu reduzieren/verhindern, oder neue Projekte voran zu bringen. Es wird nicht weniger Geld bei den Vereinen ankommen und es wird auch nicht weniger Projektförderung stattfinden. Herr Witt (Oberbürgermeister) hat bereits aus seinen vorherigen Ausführungen über den Nachtragshaushalt gesprochen. Er erklärt, dass aus den investiven Bereich 96.000 Euro für die Maßnahme die durch Herrn Ramp (CO² Messgeräte und Luftfilteranlagen) vorgestellt wurde, genommen wurde. Die Stadtvertretung hat es aufgrund des Pandemiegeschehens für dringend erachtet, die Schulen mit Luftfilteranlagen auszustatten. Also auch da sind geplante Mittel aus einer Investitionsmaßnahme abgezweigt worden, um die andere Investitionsmaßnahme möglich zu machen. Herr Witt versteht die Bedenken ist aber davon überzeugt, dass es momentan der bestmögliche Kompromiss ist. Wie schon erwähnt wird der Vorschlag von Herrn Jeschke mit aufgenommen, bereits bei der HH-Planung für das 2023 nach einer anderen Deckungsquelle zu suchen.

Herr Jenewsky (Koordinator Generationen) hat bereits in der letzten Ausschusssitzung die Verwaltungsstandpunkte beziehungsweise die Inhalte zur Lehrpraxisstelle gegeben und möchte nun nochmal auf die 18.000 Euro näher eingehen.

In diesem Vertragsinhalt ist eine Art Aktivierungsfonds in einer Höhe von 10.000 Euro enthalten. Dieses Geld kann die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg mit der Lehrpraxisstelle gemeinsam nutzen. Das bedeutet, dass rein rechnerisch nur 8.000 Euro investiert werden müssen. Mit diesen 10.000 Euro die in dieser Finanzierung integriert sind, können z. B. Veranstaltungen und Events umgesetzt werden. Herr Jenewsky ist davon überzeugt, dass durchaus der Bereich Sport auch mit einfließen kann. Es besteht ein Mittelspielraum in dieser Finanzierung, sodass man dynamisch vor Ort agieren kann.

Herr Mühle (DIE LINKE) stellt fest, dass die Ausführungen von Professor Brauer, der in der letzten Ausschusssitzung für GBS anwesend war, nicht die inhaltlichen Schwerpunkte einer Lehrpraxisstelle verständlich wiedergeben konnten.

Herr Witt (Oberbürgermeister) fasst zusammen, dass Professor Brauer kurz vor der Corona Pandemie die Lehrpraxisstelle übernommen hat und noch nicht so involviert war, um deutlich zu machen, welche Aufgaben die Lehrpraxisstelle wahrnimmt.

Herr Jeschke (CDU) betont, dass die Ergebnisse nie mitgeteilt wurden. Weiterhin kann Herr Jeschke die Aufteilung der 18.000 Euro nicht gutheißen. Aus dem sogenannten Aktivierungsfonds können die 10.000 Euro für Projektförderung und für weitere verschiedene Sachen genutzt werden. Wenn das Geld bis zum 31.12 eines Jahres nicht ausgeschöpft wird, dann muss das Geld noch anderweitig ausgegeben werden. Herr Jeschke ist der Meinung, dass nicht so verfahren werden kann und man sollte das Geld für die Lohnkosten des jeweiligen Mitarbeitenden verwenden.

Ratsfrau Plessow (Bündnis 90/GRÜNE) gibt zu verstehen, dass die Arbeit im Stadtteil, Vorteile für die Stadt bringt. Man hat einen Ansprechpartner vor Ort, die Stadt hat die Nähe zur Hochschule und kann dann die Ergebnisse direkt erfragen. Ratsfrau Plessow schlägt vor, dass der Ausschuss sich die Informationen von der Hochschule holt, damit ein genaueres Bild entsteht, was genau in der Lehrpraxisstelle passiert und warum die Arbeit so wichtig ist.

Ratsherr Giermann (CDU) ergänzt, dass der Ausschuss schon in die Stadtteilbüros wollte, allerdings kam dann die Corona Pandemie dazwischen und es war nicht möglich. Des Weiteren führt Ratsherr Giermann aus, dass sich schon mehrmals mit Stadtteilarbeit beschäftigt wurde und dieses Thema auch nicht aus den Augen verloren wird. Ratsherr Giermann stellt fest, dass jetzt die Zeit gekommen ist um miteinander zu reden und dann intensiv auf die Möglichkeiten und Projekte, die aus der Lehrpraxisstelle entstehen auch Einfluss zu nehmen, mit zu gestalten und mit zu reden.

Herr Jeschke (CDU) gibt zu verstehen, dass die Fraktion nicht gegen das Projekt war, sondern nur gegen die Form. Des Weiteren merkt Herr Jeschke an, dass es zu Beginn Verständnis Probleme zur Förderung gab. Ein weiterer Aspekt war, dass nie die Ergebnisse der Lehrpraxisstelle benannt wurden. Herr Jeschke stellt fest, dass diese Stelle bereits seit 12 Jahren existiert und in diesem Zeitraum nicht ein Ergebnis präsentiert werden konnte.

Herr Ramp (ABL SSG) möchte noch Ergänzungen zu den Ausführungen von Herrn Jenewsky machen. Wenn man das so sehen möchte, dann steht ein sogenannter Aktivierungsfonds in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung, um Projekte im Bereich Sport, oder im Bereich Soziales anzuschieben. Dieses Geld kann aus dem Gesamtvertrag genutzt werden, um unter anderem Sportprojekte in der Oststadt zu unterstützen. Herr Ramp ist sich sicher, dass die Umsetzung dieser Projekte ein Thema für die Lehrpraxisstelle werden könnte.

Ratsherr Giermann (CDU) fasst kurz zusammen und stellt fest, dass ein großer Wunsch besteht die Verantwortlichen der Lehrpraxisstelle in einer der zukünftigen Ausschusssitzungen für GBS einzuladen, um über die Möglichkeiten und die Arbeit zu diskutieren. Dazu avisiert Ratsherr Giermann einen Termin im 1. Quartal 2022 an.

Der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport hat folgendes Votum zur BV/VII/0289 abgegeben:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen	BV/VII/0289
		Ja	Nein	Enth.	Befang.		
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	13.10.21	6	1	1	-		TOP 8

Ratsherr Giermann (CDU) stellt fest, dass in der Vergangenheit negative Äußerungen über den Ausschuss für GBS getätigt wurden. Diesbezüglich wurde in der Öffentlichkeit berichtet, dass der Ausschuss ein Verhinderungsgremium sei und die soziale Spaltung in bestimmten Stadtteilen schüren würde. Diese Vorwürfe weist Ratsherr Giermann aufs Schärfste zurück. Des Weiteren führt Ratsherr Giermann aus, dass bei der momentanen Haushaltslage schwierige Entscheidungen zu treffen sind, um Priorisierungen vorzunehmen. Abschließend bedankt sich Ratsherr Giermann bei allen Ausschussmitgliedern für die sachliche Debatte und wünscht sich weiterhin eine solch gute Zusammenarbeit.

Die 17. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport wird durch den Vorsitzenden Ratsherrn Giermann (CDU) um 17:15 Uhr geschlossen.

gez. Steven Giermann
Ausschussvorsitzender

gez. Anja Loewe
Protokollantin